

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1918

147 (12.12.1918)

Erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.
Bezugspreis
mit dem wöchentlich erscheinenden
Amtl. Verkündigungsblatt
durch die Post bezogen
monatlich 62 Pfennig
am Postschalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unserer Ausrufer
frei ins Haus gebracht
monatlich 70 Pf.

Geschäftszeit 1/28-7, Sams-
tags bis 6 Uhr. Sonntags
geschlossen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die
Zeile (42 mm breit) 25 Pfg.
bei Platzvorschrift 30 Pfg.
im fertigen Teil (87 mm
breit) 60 Pfg. an erster Stelle
70 Pfg. Bei Wiederholung
tarifierter Rabatte, der bei
Nichteinhaltung des Zieles,
bei gerichtlichen Betreibungen
und bei Konkursen außer
Kraft tritt.

Schluss d. Anzeigenannahme
8 Uhr vorm., für umfang-
reichere Anzeigen Tags zuvor
4 Uhr nachmittags.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Nr. 147.

Donnerstag, den 12. Dezember 1918.

79. Jahrgang

Die Verwirrung in Berlin.

Der Kampf um die Regierung. Scheidemann droht mit Rücktritt. Die Alliierten gegen die U.-u.-S.-Räte. Wilson und Deutschland. Prinz Max v. Baden gegen die Vergeßlichkeit Deutschlands. Die franz. Sozialisten gegen Clemenceaus Politik. Englische Verstimmung gegen die franz. Politik. Lloyd George über einen „gerechten Frieden“. Aufhebung der Militärpflicht in Europa. Agitation für Neutralisierung Elsaß-Lothringens. Revolution in Rumänien?

Ein Putschversuch in München.

München, 7. Dez. Zu der Nachricht, daß Minister Auer hiesigen Presse gegenüber der neuen Regierung eingenommenen Haltung zogen vergangene Nacht nach Schluß der Demonstrationsversammlungen mehrere Tausend Soldaten durch die Stadt besetzten alle Zeitungen und richteten eine Zensur auf. Ministerpräsident Eisner begab sich in Begleitung des Polizeipräsidenten und des Stadtkommandanten in die verschiedenen Redaktionen und besetzte die willkürlich eingeführte Zensur. Auch in die Wohnung des Ministers Auer waren Demonstranten eingedrungen und hatten den Minister unter Drohungen gezwungen, seine Demission zu nehmen. Ministerpräsident Eisner statete dem Minister Auer ebenfalls einen Besuch ab. Selbstverständlich ist die an Herrn Auer vorgenommene Erpressung nichtig. Im Laufe der Nacht wurde durch republikanische Schutzwachmannschaften des Infanterie-Regiments die Ordnung wiederhergestellt.

München, 7. Dez. Zu der Nachricht, daß Minister Auer von einer Gruppe revolutionärer Internationalisten zur Unterzeichnung der Abdankung gezwungen wurde, meldet die Korrespondenz Hoffmann amtlich: Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern spricht seine tiefste Empörung über den an Auer nachträglich verübten Überfall aus. Die von ihm erpresste Erklärung ist selbstverständlich null und nichtig. Der Minister bleibt Mitglied der Regierung des Volksstaates Bayern. Ministerpräsident Kurt Eisner.

Liebkecht.

Berlin, 7. Dez. Wie der „Abend“ meldet, zog heute nachmittags ein sehr großer Zug Demonstranten mit einem Auto mit Maschinengewehr unter Liebkechts Führung die Straße Unter den Linden entlang. Vor jedem öffentlichen Gebäude hielt der Zug und Liebkecht hielt Reden gegen Scheidemann und Bestimmungsgenossen. Als die Menge die Bibliothek stürmen wollte, machte die Sicherheitswache die Maschinengewehre bereit. Darauf stob die Menge mit dem Rufe: „Nicht schießen!“ auseinander. Vor der Kommandantur stautete sich eine nach tausenden zählende Menge. Liebkecht brach in Verwünschungen gegen den Kommandanten Wels aus. Ein anderer Redner forderte die Menge auf, sich zu bewaffnen und Wels und die Scheidemannier zu verjagen. Zu einem Angriff auf die Kommandantur kam es jedoch nicht.

Scheidemann droht mit dem Rücktritt.

Berlin, 9. Dez. Wie wir hören, stehen einschneidende Maßnahmen der Regierung gegen den Terror in Berlin bevor. Scheidemann machte in seiner Rede am gestrigen Sonntag bemerkenswerte Ausführungen und sagte, hinter der Regierung stehen 90 Proz. des deutschen Volkes und dennoch sitze die Regierung auf einem Pulverfaß. Das ist auf die Dauer ein unmöglicher Zustand. Wenn das nicht anders wird, werden wir binnen kurzem Engländer, Franzosen und Amerikaner in Berlin einrücken sehen und wenn wir noch länger in dieser Revolution beharren, sind wir rettungslos verloren. Die gegenwärtig angestrebten Versuche der Sozialisierung der Betriebe wäre der Ruin der Industrie und des Handels. Haben die Arbeiter keine Einsicht, so müssen sie alle Folgen selbst tragen. Wenn der Zustand noch 8 Tage länger so dauert, dann sage ich: „Ich gehe!“ Stürmische Zurufe: „Nein, nein! Machen Sie Ordnung!“ folgten dieser Erklärung.

Die „Verschwörung“ im Hotel Bristol.

Im Hotel Bristol in Berlin wurden am Sonntag 22 Herren verhaftet, die dringend verdächtig erschienen, an einer Verschwörung gegen den Volksgesundheitsrat beteiligt zu sein. Außer mehreren Studenten befinden sich unter den Verhafteten ein Herr von Rheinbaben, ein jüngerer Prinz Hohenlohe und ein gewisser Dr. Sack. In einem Nebenraum des Hotels fand man 300 Gewehre. Eine weitere Durchsuchung der Räume und Ermittlungen ergaben nichts besonderes Belastendes. Ferner soll ein Wilhelm Marten, der vor einiger Zeit als alldeutscher und antisemitischer Hezredner aufgetreten ist, in der Angelegenheit eine Rolle spielen. Neuere Erkundigungen haben ergeben, daß es sich bei dieser angeblichen Verschwörung um eine harmlose Studentenwehr handelt. Ueber die Verhaftung wird gemeldet, daß am Sonntag mittag Anordnungen des Spartacusbundes beim Polizeipräsidenten Eichhorn und beim Stadtkommandanten Wels erschienen, um von einer gegenrevolutionären Verschwörung Mitteilung zu machen. Sicherheits-truppen besetzten die Ausgänge des Hotels und nahmen die Verhaftungen vor. Unter den Verhafteten soll sich auch der Fahnjunker Baron Fürstenberg befinden.

Die Berliner Vorgänge zeigen deutlich, daß es auf diese Art nicht weitergehen kann und daß, wenn größeres Unheil vermieden werden soll, mit den unruhigen Elementen reiner Tisch gemacht werden muß. Es darf nicht sein, daß 4 oder 5000 Menschen eine Millionenstadt terrorisieren und den Bestand eines ganzen Reiches gefährden. Wir haben gar keine Zeit mehr zu verlieren und dürfen nicht warten, bis aus den Demonstrationen ein blutiger Krawall geworden ist. Herr Scheidemann hat erklärt, daß er die gegenwärtigen Zustände keine acht Tage mehr mitmache. Mit Recht darf man ihm entgegenhalten, daß ein Rücktritt unter den gegenwärtigen Umständen außerst bequem ist, daß aber im Gegenteil gerade jetzt die Pflicht besteht, entschlossen zu handeln. Denn, wie jeder zugeben muß, haben wir durch Reden schon viel zu kostbare Zeit verloren. Mit den Spartacusleuten wird man nicht anders fertig werden können, als dadurch, daß man ihnen die rücksichtslose Gewalt entgegenstellt.

Ruhe in Berlin.

Berlin, 9. Dez. In Berlin herrschte heute in allen Stadtteilen vollkommene Ruhe. Es fanden keinerlei Umzüge oder Kundgebungen statt; auch ist von Streiks nichts bekannt geworden. In den Hauptverkehrsstraßen macht sich durch den Zustrom der Heimkehrer und Entlassenen stärkerer Wehrnachverkehr bemerkbar. Die Verkehrsmittel sind stark überfüllt. Der Verkehr wickelt sich aber ohne jede Störung ab.

Erster Zwischenfall in Chemnitz.

Köln, 9. Dez. Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Chemnitz: Beim Einzug des Chemnitzer Ulanen-Regiments 21 ereignete sich ein erster Zwischenfall. Einige vor der Stadt in Kraftwagen angekommene Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates wollten die Ulanen vor dem Einrücken in die Stadt erwassnen, was diese verweigerten. Als die Ulanen erfuhren, daß in der Nähe Maschinengewehre aufgeföhren seien, gaben sie in ihrer Entrüstung mehrere Schüsse auf die Bedienung der Maschinengewehre ab, die zum Teil die Flucht ergriff. Der Rest wurde ebenfalls wie mehrere Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates kräftig verprügelt und gefangen genommen. Durch die Schüsse wurden mehrere Personen verletzt. Ob Todesfälle vorgekommen sind, steht noch nicht fest. Auch eine Abteilung von hundert Infanteristen, die den Ulanen entgegengezogen wurde, da sie scharf geladen hatte, gleichfalls entwaffnet. Sämtliche Festgenommenen wurden von den Ulanen durch die feistlich geschmückte Stadt geführt, wobei die Ulanen von der Bevölkerung stürmisch begrüßt wurden.

Die Liebkecht-Kompagnie gegen Liebkecht.

Berlin, 9. Nov. Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Erklärung des Soldatenrates der 55. Kompagnie des Armierungsbataillons 102, in der es heißt: Wir erklären, daß wir, die Liebkecht als Kameraden in ihrer Mitte hatten, ihn wegen seiner konsequenten Kriegsgegnerchaft verehren und dem Beinamen Liebkecht-Kompagnie als Ehrennamen hochhielten, seine jegliche verbrecherische Tätigkeit aufs schärfste bekämpfen. Wie ein Mann stehen wir hinter der jetzigen Regierung und Liebkecht wird seine Berliner Kameraden, von denen er weiß, daß sie auch im Schützenabzug ihren Mann stellen, unter seinen gefährlichsten Gegnern finden. Zu hoch steht uns das erreichte Ziel, als daß zerrüttete Nerven und persönliches Rachegefühl eines einzelnen das kostbare Gut der Freiheit gefährden dürfen.

Ein Ultimatum der S.-R.

Berlin, 9. Dez. Die Soldatenräte in den Berliner Kasernen beraten über ein Ultimatum an die Reichsregierung auf Schließung des Volksgesundheitsrates und auf Verhaftung Liebkechts und Rosa Luxemburg. Wie gemeldet wird, sind in der Berliner Garnison Flugblätter verteilt worden, die zu einer bewaffneten Intervention der Soldaten für die Regierung auffordern.

Ein Gelübnis zur einzigen deutschen Republik.

Berlin, 10. Dez. Im Stadthaus hat sich gestern Abend um 7 Uhr ein feierlicher Akt vollzogen. In Gegenwart der Volksbeauftragten Ebert, Haase, Scheidemann und Dittmann, sowie des Kreisministers haben Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der deutschen Jäger-Division und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division für sich und die von ihnen vertretenen Kameraden das feierliche Gelübnis zur einzigen deutschen Republik abgelegt. Nach einer Ansprache von Ebert wiederholte Generalleutnant Lequis die Gelübnisformel für die Militärpersonen.

Für Hindenburg.

Braunsberg, 9. Dez. Der Arbeiter- und Soldaten- und Bauernrat des Kreises Braunsberg teilt mit: „Die versammelten U.-, S.- und B.-Räte des Kreises Braunsberg kennzeichnen hiermit öffentlich den in der Presse verbreiteten Antrag des Leipziger U.- und S.-Rates, Hindenburg verhaften und auf Soldatenration zu setzen, als Schmach und Schande und sprechen solchem U.- und S.-Rat die Berechtigung ab, sich als Vertreter des Volkes zu bezeichnen. Wir erheben stammenden Protest gegen den Beschluß des U.- und S.-Rates.“

Hindenburgs Ruhefig.

Lüneburg, 9. Dez. Hindenburg wird nach der „Voss. Ztg.“ nach der Demobilisation in der Nähe Lüneburgs sich zur Ruhe setzen. Er hat sich als Wohnsitz das wenige Minuten von Lüneburg befindliche ehemalige Kloster Lüne angewählt.

Wie lange noch?

Im Reichsschatzamt steckt man gegenwärtig die Köpfe zusammen und berät, wie lange diese Volkswirtschaft der bisherigen Regierung noch dauern kann. Dieser Tage erfährt die Öffentlichkeit, daß der Volksgesundheitsrat in den ersten vierzehn Tagen seines Bestehens nicht weniger als 800 Millionen verpulvert hat. Während des Krieges verbrauchte Deutschland nur 65 Millionen am Tage. Heute, wo kein Krieg mehr ist, braucht es erheblich mehr. Denn es ist nach den weiteren Berechnungen der Sachkundigen kein Zweifel mehr gestattet, daß unsere Regierung von jetzt ab nicht billiger wirtschaftet, sondern daß die Ausgaben immer höher steigen. Die Welt wird die Augen aufreißern, wenn ihr die nächsten Abrechnungen präsentiert werden. Der deutsche Sprachschach kennt keine Bezeichnung, die annähernd treffend das Finanzgebahren der Herren vom Volksgesundheitsrat wiedergeben würde. Eins steht den Herren vom Reichsschatzamt klar vor Augen: Wenn es auf diese Weise auch nur noch wenige Wochen so weiter geht, wie es im November begonnen wurde, dann haben wir ganz fraglos den Staatsbank-

rott, nach bevor wir an den Feind die erste Milliarde bezahlt haben.

Den geradezu ungeheuerlichen Ausgaben stehen verminderte Einnahmen gegenüber. Es muß mit dem vollkommenen Darunterlegen von Handel und Industrie gerechnet werden, so daß die Einnahmeausfälle fürchterliche Löcher in den Staatsfäkel reißen werden. Schon jetzt sehen sich zahlreiche Unternehmungen durch das Treiben von spartakistischen Elementen genötigt, ihre Betriebe wesentlich einzuschränken, ihre Arbeiter zu entlassen und den vollkommenen Stillstand vorzubereiten. Was soll aber erst werden, wenn die vielen Millionen von Soldaten zurückgekehrt sind; wenn sie keine Arbeit, keine Nahrung finden? Wenn die Unternehmer infolge der enigen Drangsalierungen außerstande sind, nach dem Friedensschluß den Wettbewerb mit den übrigen Ländern, aufzunehmen, weil sie die Rohstoffe zu unerhört teuren Preisen bezahlen und enorm hohe Löhne zahlen müssen? Wenn mit einem Wort mit kändiger Unterbilanz gewirtschaftet wird, so daß der Bankrott von Reich und Staat unweigerlich nach sich ziehen muß.

Kann uns die gegenwärtige Regierung sagen: ob sie gegen dieses fränkische Treiben etwas unternehmen kann? Und wenn sie nichts sagen und nichts wagen kann, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn der Feind kurzen Prozeß macht und selber einsteht, um seine Rechnungen einzuziehen. Wenn es dann am allerschlechtesten gehen wird, das werden die Arbeiter sein. Denn sie werden zu Sklaven der feindlichen Betriebe gemacht werden. Und dieses Schicksal werden sie alsdann ihrer Regierung und ihren eigenen Parteigenossen zu verdanken haben.

Der Lebensmittelverkehr in den besetzten Gebieten.

Berlin, 8. Dez. Marshall Foch hat gestern der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung übergeben: „Der Lebensmittelverkehr von der von den alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen Deutschlands vorgesehen ist. Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden, bezüglich den über die Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen in Rheinland auszuübenden Kontrolle.“

Diese Entscheidung steht mit dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens (Art. 6 und Art. 26) in Widerspruch. Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Wege und durch die Waffenstillstandskommission Protest hiergegen einlegen.

Regierung und Volksgesundheitsrat.

Berlin, 8. Dez. Die Beratungen zwischen dem Kabinett und dem Volksgesundheitsrat des Arbeiter- und Soldatenrates begannen am Samstag nachmittags gegen 6 Uhr und zogen sich bis in die ersten Morgenstunden des Sonntags hin. Es wurde der ganze Komplex der zwischen der Regierung und dem Volksgesundheitsrat schwebenden Fragen besprochen und als Schlussergebnis laut den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ einmütiges Zusammenwirken im Dienste der Revolution, Uebereinstimmung über das ausschließliche Exekutivrecht der Regierung und die entscheidende Abgabe an jede gewaltsame Veränderung der provisorischen Verfassung erzielt.

Die Stimme der Auslandsdeutschen.

Berlin, 8. Dez. Eine stark besuchte Versammlung von deutschen Reichsangehörigen beiderlei Geschlechts in Stockholm forderte in einer einstimmig angenommenen Entschließung die möglicht schnelle Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung aufgrund von allgemeinen, geheimen und direkten Verhältniswahlen. Die im Auslande wohnhaften deutschen Reichsangehörigen sprechen die sichere Erwartung aus, daß auch ihnen die Möglichkeit geboten wird, ihre Willensäußerung kundzutun und dadurch bei dem Wiederaufbau des Vaterlandes mitätig zu sein.

Berlin, 8. Dez. Von den deutschen Vereinen in St. Gallen erging folgende Kundgebung an Herrn Ebert, Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten, Berlin: „Ehre und Ansehen des deutschen Namens im Auslande leiden anfänglich durch die Zerissenheit und Verwirrenheit dahel. Die wirtschaftliche Zukunft wird schwer gefährdet, das Mißtrauen gegen eine gesunde Entwicklung nimmt zu. Die Herstellung und Aufrechterhaltung der Einigkeit und der Einheit des deutschen Vaterlandes ist das dringendste Gebot der Stunde. Jedes Zögern ist verderblich und steigert die Gefahr. Wir beschwören Euch, unverzüglich die Nationalversammlung einzuberufen, und durch den Aufbau eines einzigen Deutschland auf neuer demokratischer Grundlage die Zukunft unseres teuern Vaterlandes zu retten und sicherzustellen. Die deutsche Kolonie in St. Gallen. — Badenerverein. — Bayernverein. — Württembergerverein.“

W.B. Berlin, 10. Dez. Laut B.L. berichtet die deutsche Züricher Zeitung daß in Zürich ein Kurier des Stuttgarter U.-u.-S.-Rates abgefangen wurde, der von Liebkecht versetzte Broschüren zu Propagandazwecken unter den Jungburschen einschmuggeln versuchte.

Wie es noch kommen kann.

Die Times meldet: Der Ausbau der Bolschewiki-Regierungen in Deutschland erregt die größte Beachtung der alliierten Kabinette, die in Deutschland nicht den Herd bolschewistischer Unruhen bestehen lassen können. Der Rat in Deutschland, heißt es, sojort das Volk durch die gefeßlichen Vertreter zu befragen, ist in Berlin nicht ernst genommen worden. Wenn wir zur Befreiung Deutschlands schreiten müssen, werden wir Hamburg, die

Staliener München, die Amerikaner Berlin und die Franzosen Dresden besetzen. Unsere erste Regierungshandlung wird die Einberufung eines deutschen Reichstages für die Vornahme von Friedensverhandlungen sein.

In Berlin aber redet und redet man und tut — nichts! Michal, merk es dir!

Die Entente zur Lage in Deutschland.

Aus sicherer Quelle ist die Nachricht zu bestätigen, wonach die Entente den Frieden und die Lebensmittelförderung nicht zu bewilligen gedenke, solange die Arbeiter- und Soldatenräte bestehen. Dieser Entschluß der Entente ist der vorläufigen Regierung bereits bekannt gegeben.

Das „Echo de Paris“ sagt: „Die Einberufung der deutschen Nationalversammlung bereits für Januar wird von den Alliierten erzwungen werden. Ohne gesetzliche Regierung erhält Deutschland keinen Frieden und kein Brot.“

Der „Temps“ schreibt: „Die Armee-Kommission hat sich am Mittwoch auf Einladung des Generals Foch in das Hauptquartier begeben. Die Regierung erachtet die Vorgänge in Deutschland für so bedenklich, daß sie sich auf alle Eventualitäten gefaßt machen muß.“

Die über die Berliner Unruhen nach Paris gelangten Meldungen bekräftigen nach Genfer Berichten die Auffassung der französischen Regierung, daß es wünschenswert sei, eine verlässliche deutsche Regierungsgewalt zum Abschluß des Friedens zu erhalten.

Forderung nach Einberufung des Reichstages.

W.B. Köln, 10. Dez. Nach der Köln. Ztg. sagte Oberbürgermeister Klostermann-Koblenz in einer Sitzung des Arbeiterrates: Frankreichs Absichten seien auf eine Einberufung des ganzen Rheinlandes, Belgien und Italien unterliegen. England wird keine Schwierigkeiten machen, nur Amerika sei dagegen.

W.B. Köln, 10. Dez. Oberbürgermeister Wenaer richtete, wie die Köln. Volksztg. meldet, heute folgendes Telegramm an den Reichstagspräsidenten Fehrenbach: Namens der Metropole der nach untrüglichen Mitteilungen gefährdeten Reichslande bitte ich auf das dringendste den Reichstag zur Bestätigung der Regierung Ebert-Haack nach Elmberg an der Lahn oder nach Koblenz sofort einzuberufen.

Ein Ultimatum der Entente.

W.B. Berlin, 10. Dez. Der Vorwärts berichtet, daß die Entente ein neues Ultimatum vorzubereiten scheine, um die Wiederherstellung geschäftlicher Ordnung und Ruhe zu erzwingen. Dieser Schritt schreibt das Blatt, wird jetzt deutlicher und fast zur Gewißheit. Wie der „Temps“ berichtet liegt eine Note der Entente an Deutschland auf eine sofortige Auflösung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte der Pariser Konferenz zur Beschlussfassung vor.

Foch über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen.

Haag, 10. Dez. Die Daily Mail erfährt, daß Marshall Foch auf der jüngsten Konferenz der Alliierten mitteilte, Deutschland habe in mancher Beziehung die Waffenstillstandsbedingungen nicht vollständig erfüllt, besonders nicht bei der Ablieferung des Eisenbahnmateri als. Foch habe jetzt alle Vollmachten erhalten, um die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen mit allen Mitteln, die ihm als notwendig erscheinen sollten, zu erzwingen.

Die Konferenz über den Präliminarfrieden.

Die Aufhebung der Militärdenkpflicht in Europa. London, 10. Dez. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Abicht zur Friedenskonferenz gehen werde, um dort die Aufhebung der Militärdenkpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.

Präsident Wilson äußerte sich während der Ueberfahrt gegenüber dem französischen Botschafter in Washington, er werde in Paris bemüht sein, seine Haltung mit den 14 Punkten in Einklang zu bringen. Am 15. Januar sollen die Konferenzen über den Präliminarfrieden unter Zulassung deutscher Unterhändler beginnen.

Truppenzusammenziehung.

Rotterdam, 9. Dez. Nach einer Pariser Meldung wurde Marshall Foch mit der Leitung der eventuell notwendig werden militärischen Maßnahmen „gegen die deutsche Anarchie“ beauftragt. Die Zusammenziehung von Truppen der Alliierten an der deutschen Grenze dauert an.

Einfrierverbot für russ. Sowjetvertreter.

W.B. Berlin, 10. Dez. Die neuerlich hervorgetretene russische Absicht, heißt es im Vorwärts, die russischen Regierungsvertreter wieder hier einzuschmuggeln und die großen Gefahren die aus einer Zulassung dieser Vertreter nicht nur für unsere inneren Zustände sondern vor allem für den Abschluß des Friedens drohen haben eine Sachlage geschaffen, deren das Kabinett dadurch Rechnung trug, daß es den russischen Delegierten nahe legen ließ ihrerseits auf die Lage Deutschlands hin auf eine Entreise zu verzichten.

Gegen großrussische Vergrößerungspläne.

Heinrichswald, 8. Dez. Die Mitglieder der Bauernräte des Kreises Niederrhein hatten in einer gemeinsamen Tagung beschlossen, gegen die Forderungen einiger weniger phantastischer Anhänger eines Groß-Litauens auf Abzweigung eines Teiles ostpreussischen Bodens, darunter des Kreises Niederrhein von Deutschland und Anschluß dieses Kreises an Groß-Litauen, schärfsten Einspruch zu erheben.

der Bevölkerung des Kreises erklärten einstimmig, daß sie ohne Zwang sich nie von Deutschland trennen werden.

Vor dem Truppenzuge in Berlin.

Berlin, 9. Dez. Die Gardetruppen werden in den nächsten Tagen mit der Rückkehr in ihre Garnison Berlin beginnen. Gleichzeitig mit ihnen werden einzelne zusammengestellte Verbände aller deutschen Stämme an den Einzugsfeierlichkeiten in der Reichshauptstadt teilnehmen.

Die Heimkehr unserer Ostafrikaner.

Berlin, 9. Dez. Aus Mitteilungen der Vertreter der Alliierten geht hervor, daß die Abbeförderung der Schutztruppe des Gen-rols Lettow-Vorbeck auf englischen Schiffen und daß die Ausschiffung voraussichtlich in Rotterdam erfolgen soll. Auf einen dringenden Antrag der deutschen Regierung, daß auf diesem Schiff auch die Frauen und Kinder sowie die schwerkranken Männer aus Deutsch-Ostafrika heimbefördert werden, erging bisher eine Antwort nicht.

Gegen die Vergewaltigung.

Ein Aufruf des Prinzen Max von Baden.

Wenn die unserem Volke angetane Schmach ebenso heiß in der Seele brennt wie mir, der erbe in Wort und Schrift seine Stimme gegen die unerhörte Vergewaltigung, die feindliche Raubtät und Siegestrunkenheit über die Heimat verhängt haben durch Auserlegung erniedrigender Waffenstillstandsbedingungen, die unser nationales Leben in seinen Grundfesten bedrohen.

Er mahne den Präsidenten der Vereinigten Staaten an sein gegebenes Wort, einen Rechtsfrieden zu wollen und einen Völkerverbund zu erstreben, in dem sich Deutschland wie jedes andere Land und Volk seiner Eigenart entsprechend unter Wahrung seiner Lebensbedingungen ungehindert entfalten kann.

Er weise daher den Präsidenten mahnend hin auf die historischen und tatsächlichen Grundlagen, auf denen Deutschlands Dasein ruht und deren Verletzung dieses Dasein und die Gerechtigkeit gleichermäßen zerstören würde.

Er zeige dem deutschen Volk, welches durch die Wucht der plötzlich herangebrochenen Ereignisse wie gelähmt sein Schicksal erwartet, daß es jetzt unbedingt nötig ist, seinen nationalen Stolz und seine Ehre zu wahren und würdig seiner Größe und Bedeutung als freies Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und Lebensmöglichkeit zu fordern.

Unsere Waffen sind uns aus der Hand geschlagen, aber der deutsche Geist und der deutsche Charakter leben noch. Mit ihnen müssen wir Deutschlands Ansehen und Selbstständigkeit bis zum äußersten verteidigen, uns selbst die Treue wachend, wie unsere tapferen Armeen bis zum letzten Augenblick treu die Heimat vor feindlichem Einfall behütet hat.

3. St. Baden-Baden, im November 1918. Max, Prinz von Baden.

Wilson und Deutschland.

W.B. Berlin, 10. Dez. Äußerungen des Präsidenten Wilson gegen Deutschland werden von Paris aus telegraphiert: Wilson habe auf die Einladung Ebert-Haack, in eigener Person Deutschland zu besuchen, erklärt, daß das deutsche Volk lange arbeiten müsse, um alle Uebelheiten während des Krieges wieder gut zu machen. Kein einziger Amerikaner werde daran denken jetzt nach Deutschland zu reisen, falls nicht amtliche Verpflichtungen ihn hierzu veranlassen.

Wie von amtlicher Seite festgestellt wird, ist eine solche Einladung an den Präsidenten nicht ergangen. Die Unzuverlässigkeit der französischen Quelle läßt den Verdacht aufkommen, daß man mit angeblichen Äußerungen Wilsons das Verhältnis Deutschlands zu ihm ungünstig beeinflussen werde.

Wilson gegen die englische Seeherrschaft.

Rotterdam, 7. Dez. Nach dem „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ meldet der „Daily Telegraph“ aus Newyork, daß etwa gleichzeitig mit Churchills Erklärung, daß Großbritannien sich keine Beschränkungen der Rüstungen zur See gefallen lassen werde, drahtlose Telegramme vom Dampfer „George Washington“ auf dem Wilson sich befindet, eingetroffen sind, worin erklärt wird, daß der Präsident vorschlagen wird, jeder bewaffneten Herrschaft einer einzelnen Nation ein Ende zu machen. Dem Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge sind die meisten sachverständigen Amerikaner der Ansicht, daß damit kein aussichtsloses Dilemma entstanden ist. Aber eine kleine Gruppe in Amerika schreibt und spricht in dem Sinne, daß Englands Weigerung seine Seeherrschaft aufzugeben, ein Beweis großer Annäherung sei.

Diese Botschaft, die selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Präsidenten abgeschickt werden konnte, erregt in den Vereinigten Staaten sowohl wie in England großes Aufsehen.

Roosevelt sieht sich dadurch zu noch heftigerer Propaganda gegen die Freiheit der Meere und die 14 Punkte Wilsons veranlaßt. Er betont, daß die 14 Punkte in Wirklichkeit weder von der Entente, noch von dem amerikanischen Volke angenommen wurden, und daß England einen Anspruch darauf habe, die größte Flotte der Welt zu besitzen. Amerika müsse sich mit der zweiten Flotte begnügen, ebenso wie es nicht beanspruchen könne, eine ebenso große Armee zu unterhalten wie Frankreich.

Wir haben schon vor einigen Tagen hier den Gegensatz zwischen Wilson und den Alliierten über die Frage der Freiheit der Meere behandelt. Inzwischen scheint er weitere Vertiefung zu erfahren. Wilson kämpft für die Freiheit der Meere offenbar in dem Sinn, daß er auf der See eine ebenbürtige Machtstellung für die Vereinigten Staaten erringen will. England dagegen hält zäh an seiner unbedingten Vorherrschaft fest und wird in diesem Bestreben — man muß sagen, selbsterweise — von Amerika unterstützt. Taft und Roosevelt kämpfen auf der englischen Seite, um ihrem innerpolitischen Gegner Wilson ein Bein zu stellen. Das ist die höchst eigenartige weltpolitische Lage.

Churchill über Englands Vorherrschaft zur See.

London, 9. Dez. In einem Artikel für ein Glasgower Blatt über die britische Vorherrschaft zur See sagt Churchill: Kein anderer Staat in der Welt ist in der gleichen Lage wie Großbritannien; unsere Sicherheit vor einem Ueberfall, unsere Freiheit, unser tägliches Brot, unsere Einheit als Reich — alles dieses beruht von Stunde zu Stunde auf unserer Verteidigung zur See. Wir haben auch von allen anderen Nationen, gleichviel, ob sie Freunde, feindlich oder neutral, gleiche und volle Anerkennung dieser Tatsache zu fordern. Auch sind wir berechtigt zu erklären, daß diese Stärke zur See, welche wir in Anspruch nehmen und die wir entschlossen sind, zu erhalten, niemals in der neueren Geschichte in selbstthätiger aggressiver Weise gebraucht wurde. In diesem größten aller Kriege schützte die britische Flotte das

mächtige Amerika vor jeder ernststen Bedrohung, und als es sich entschlossen hatte, einzugreifen, da war es die britische Seemacht, welche den größten Teil seiner Armeen zur Befreiung Frankreichs herüberschaffte. Wir sind aufrichtige Befürworter der Liga der Nationen; was wir an britischem Einfluß aufbringen können, wird dazu verwendet werden, eine solche Liga Wirklichkeit und zwar machtvolle Wirklichkeit werden zu lassen. Diese schöne die ganze Welt hin warm begrüßt. Wir werden in treuer, loyaler Schöpfung Wilsons wurde von allen britischen Demokratien über Waise danach streben, sie ins Leben zu rufen und in erfrischlicher Tätigkeit zu erhalten. Aber wir müssen ganz offen erklären, daß der Völkerverbund für uns kein Ersatz für die britische Seemacht in absehbarer Zeit sein kann.

England — an der Spitze der Völker.

London, 7. Dez. In einer Wahlversammlung in Leeds sagte Lloyd George: Nachdem wir den größten Kampf um den Fortschritt der Menschheit gewonnen haben, müssen wir mit allen Kräften trachten, England auf eine Höhe emporzubringen, wie sie noch nie da war.

Englisch-amerikanisches Bündnis.

Basel, 9. Dez. Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet: Nach einem Londoner Havas-Bericht erklärte Bonar Law in einer Rede in Glasgow, er sehe voraus, daß das Ergebnis des Krieges in einem festeren Bündnis Englands mit den Vereinigten Staaten bestehen würde.

Ein französisch-belgisch-englisches Bündnis.

Basel, 9. Dez. Laut „Basler Nationalzeitung“ meldet Havas aus Paris: Die Friedenskonferenz wird ein Werk von höchster Bedeutung krönen. Es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß zwischen Paris, London und Brüssel ein militärisches, wirtschaftliches und politisches Bündnis abgeschlossen wird. Die Bedrohung Hollands durch die Entente.

Haag, 8. Dez. Ein Letztartikel des Nieuw Rotterdamchen Courant stellt fest, daß solange Holland für die Interessen der Entente während des Krieges tätig war, alles gut war, daß aber nunmehr die siegreiche Entente die einseitigen Vorwände, wie einseitige Vertretung der deutschen Interessen in China und Siam durch Holland gebraucht, um Holland zu bedrohen.

Das englische Kabinett für Auslieferung des Kaisers, des Kronprinzen und Ludendorffs.

Basel, 9. Dez. Die „Morningpost“ meldet: Das englische Kabinett hat in einer neuen Sitzung beschlossen, sich für eine Auslieferung des deutschen Kaisers, des Kronprinzen und des Generals Ludendorff zu erklären. Frankreich verlangt die Auslieferung der deutschen Handelsflotte.

Basel, 8. Dez. Nach dem „Echo de Paris“, verlangt Frankreich die Auslieferung sämtlicher deutscher Handelschiffe, die in den Ententehäfen liegen. Das Blatt schreibt: Die französische Handelsflotte existiert sozulagen nicht mehr. Frankreich müßte sich mit den deutschen Handelschiffen seinen Platz an der Sonne sichern.

Um die Freiheit der Meere.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß es zwischen Wilson und den Alliierten über die Forderung der Freiheit der Meere zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen sei. Diese für England überaus wichtige Forderung enthält bekanntlich das Wilsonsche Programm, das dem künftigen Friedensschluß zugrunde liegen soll. Wilson hat allerdings im Interesse des Zustandekommens des Waffenstillstandes die endgültige Auslegung dieses Programmpunktes einstweilen vertagt. Es hat aber den Anschein, als ob Amerika beim Abschluß des Friedensvertrages doch darauf bestehen wird, dieser Forderung eine Auslegung zu geben, die eine Vorherrschaft Englands zur See unmöglich macht. Die amerikanische Presse, die sonst grundsätzlich vermerdet, irgendwelche Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und London hervortreten zu lassen, scheint sich nicht, oft auszusprechen, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen in der Lage sein würden, in eine künftige britische Vorherrschaft zur See einzuwilligen. Dieser Standpunkt ist durchaus begründlich. Die riesige Verbehnung des Schiffbaues während der Kriegsjahre soll die Vereinigten Staaten in die Lage versetzen, im überseeischen Handel vollkommen gleichberechtigt neben England aufzutreten. Damit vertäugt sich eine britische Beherrschung der Seeenge nicht. Der Entschluß Amerikas, seinen seit Jahren außerordentlich gesteigerten Bau von Kriegsschiffen auch nach Friedensschluß unter Aufwand von Milliarden fortzusetzen, deutet darauf hin, daß man in Washington nicht daran denkt, England seine frühere dominerende Stellung zur See weiterhin einzuräumen.

Lloyd Georg für einen „gerechten Frieden“.

London, 9. Dez. Reuter. In einer Frauerversammlung in London sagte Lloyd George zur Frage der Friedensbedingungen:

Es muß einen Frieden geben, der zukünftige Kriege unmöglich macht oder doch mindestens erschwert. Es muß ein gerechter Friede sein. Die Bedingungen dürfen keine leichten sein, sonst wären sie nicht gerecht! Denn leichte Bedingungen würden zu einem neuen Kriege anreizen. Nicht nur um Rache, sondern um Gerechtigkeit handelt es sich. Ein Friede der Rache würde nicht Gerechtigkeit sein.

Wir dürfen keine eifrig-lothringische Frage haben, aus dem einfachen Grunde, weil wir nur den Fehler Deutschlands wiederholen. Der Friede muß streng gerecht und billig sein. Die für die Schrecken dieses Krieges Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist umso notwendiger, je höher sie stehen. Ohne sie wäre es nicht zum Krieg gekommen. Unser Urteil muß derart ausfallen, daß König, Kaiser und Kronprinz für alle Ewigkeit müssen, daß, wenn die Berruchten ein Unheil dieser Art über die Erde bringen, die Strafe unausbleiblich auf ihr Haupt fallen wird. Lloyd George fuhr fort: Aber das deutsche Volk, das im Krieg sich gut gehalten hat und mit voller Begeisterung in den Kampf zog, das jetzt über den Sieg jubeln würde, wenn er ihnen zuteil geworden wäre, muß auch zur Verantwortung gezogen werden. Die Völker müssen wissen, daß sie nicht ungestraft einen Krieg anfangen dürfen.

Ferner müssen wir bei Festsetzung der Friedensbedingungen darauf sehen, daß ein Bestand von Riesenheeren, die zum Krieg verleiten und die Herrscher in Versuchung bringen können, hinfert nicht mehr gestattet sein darf. Wenn Friede aus Euben herrschen soll, darf es in Europa keine großen Heere geben. Ich bin ein Anhänger des Völkerverbundes, weil er ein Mittel darstellt, eine Kriegserklärung zu erschweren.

Auf die Anfrage, ob die Deutschen aus England ausgestoßen werden sollten, sagte Lloyd George: Ich kann der Fragestellerin versichern, daß auch unsere Männer darauf achten werden. Ich habe wiederholt gesagt, daß man nach meiner Ansicht diesen Leuten, die die Gattungsbeziehung mißbraucht haben, nicht ein zweites mal Gelegenheit geben darf, dies zu tun.

Englische Verstimmung gegen Frankreichs Politik.

Wie der holländische Gewährsmann des Mannh. Gen. Anz. mitteilt, herrscht in einflussreichen Kreisen des englischen Handels und der englischen Industrie eine wenig freundliche Stimmung gegen die allzu aggressivende französische Politik, deren Ansprüche den Engländern nicht im rechten Verhältnis zu den tatsächlichen Leistungen der Franzosen zu stehen scheinen. Ein englischer Großkaufmann hat sich unserem Gewährsmann über diese Stimmung ziemlich freimütig geäußert. Er sagte: „Das Streben der Franzosen geht offenkundig nach der Festgreifung des

linken Rheinufers, nach Gewinnung der Vormachtstellung in Europa, der Raub der Napoleonischen Zeiten kommt über sie. Wir beobachten mit Sorge den ziellosen Drang der uns befreundeten Nation, sich in Europa hervorzutun, ihre unbefriedigten Verdienste sich über das Maß lohnen zu lassen. Ist es nicht genug, wenn sie Elsaß und Lothringen wieder gewinnen? Warum streben sie nach der Pfalz? Warum schicken sie deutsch sprechende Offiziere in diese Gebiete, die, wie mir ein Geschäftsfreund berichtet, den ganzen Zauber französischen Wesens entfalten müssen, um die empfänglichen und urteilslosen Deutschen für den Uebergang der linksrheinischen Gebiete an Frankreich zu gewinnen? Warum, wenn sie nicht die Absicht der Eroberung hegen? Wir Engländer kämpfen für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts. Weil Deutschland es stören wollte, (Die Schriftl.), sind wir in den Krieg eingetreten. Sollen wir nun dulden, daß Frankreich die Politik Napoleons I. wieder aufnimmt? Ich kenne die Absichten unserer Regierung nicht, aber ich bin unterrichtet, daß ihr gewisse Vorstellungen gemacht worden sind. Der Friede von Basel (1795 D. Schriftl.), der Frankreich das linke Rheinufer abtrat, ist der notwendige Ausgangspunkt der großen und schweren Kämpfe geworden, die wir bestanden mußten, um das Gleichgewicht der Macht in Europa gegen den französischen Militarismus zu verteidigen. Wir Engländer verstehen zu gut die Geschichten um nicht argwöhnisch gegen gewisse Uebertreibungen unserer Freunde zu sein. Das kommerzielle England will den Frieden in Europa, damit wieder gehandelt und verkauft werden kann.

Die französischen Sozialisten gegen die Politik Clemenceaus.

Berlin, 9. Dez. Angesichts des drohenden Gewaltfriedens mit Deutschland und der geplanten militärischen Expedition gegen das revolutionäre Rußland sowie angesichts der Geheimpolitik der Regierung scheint sich unter den französischen Sozialisten ein Zusammenstoß zu energischerem Vorgehen zu vollziehen. Die gemäßigteren Politiker schließen sich der Protestbewegung an und die Partei hat daraufhin zwei Interpellationen in der Kammer eingebracht. Marcel Cachin wird die Regierung über die Haltung der Friedenspolitik interpellieren. Ernest Lafont verlangt im Namen der Partei Auskunft über die Politik der Alliierten in Rußland.

Die Pariser Populäre hatte heute eine Sondernummer über die deutsche Revolution herausgegeben. Die Nummer enthält Photographien und biographische Artikel über die einstigen und jetzigen Führer der deutschen Sozialisten. In einem von der Zensur stark gestrichenen Artikel „Gegenrevolutionäres Treiben“ sagt Paul Faure: Beunruhigende Informationen gelangen aus Deutschland zu uns. So haben die Belgier in Lachen bedauerliche Präzedenzfälle kopiert; in Kiel hat der englische Admiral sich gemeldet, Vertreter der Ausschüsse zu empfangen, die die Macht des neuen Deutschlands zu vertreten scheinen. Werden wir uns an die Spitze einer gegenrevolutionären Bewegung in Europa stellen? Es handelt sich darum, zu wissen, ob die Völker Deutschlands, Ostereiches und Rußlands in ihren Unternehmungen der Befreiung auf ausländische Kräfte der Reaktion und Unterdrückung stoßen werden, und ob das französische Proletariat dulden wird, daß das Frankreich der großen Revolution eine dieser Kräfte sein wird.

Während man von der Stimmung in Frankreich weiß, daß sie im allgemeinen völlig im Siegestrausch treibt und ihren Exponenten in der Clemenceau-Fischgen Gewalt- und Raubpolitik hat, wissen wir doch auch gleichzeitig, daß hinter der Fassade der französischen Triumpfhäuserungen die Vernunft und das europäische Gewissen nicht ganz eingelagert worden sind. Gegen den Imperialismus der Pariser Regierung und der Revandepolitiker kämpfen jetzt vielmehr die französischen Sozialisten vom Schlage Charles Longuets und Marcel Cachins, die den großen Gedanken des Völkerbundes und der Versöhnung der Nationen jetzt, nach der Befestigung des „Kaiserismus“ und des deutschen Militarismus, erst recht hochhalten, einen wahren Titanenkampf. Sie wollen nicht, daß Frankreich die demokratische Republik, die Mutter der Revolutionen, die revolutionären Länder des Ostens, Deutschland und Rußland, vergewaltigt zerstört und sich, Wilsons Ideale zertrümmernd, zum Hort der Reaktion in Europa macht — jenes selbe Frankreich, das mit der Parole der Humanität und der Völkerfreiheit ins Feld zog.

Um nun zu verstehen, daß Herr Clemenceau und Genossen ihre reaktionäre Gewaltpolitik die auch der deutschen Revolution mit der gepanzerten Faust droht, durchzuführen, planen, wie es jetzt heißt, die französischen Sozialisten und die gemäßigten Politiker der Republik eine energischer Gegenbewegung gegen die schlimmste Politik der Regierung, die den Krieg um seinen eigentlichen Sinn betrügen will. Wir wollen hoffen, daß der Protest der freiheitlichen und humanen Geister Frankreichs zum Wohle der ganzen Menschheit nicht ganz ohne Erfolg sein wird. Frankreich möge wissen, daß das neue, freiheitliche Deutschland nur leben kann, wenn ihm ein Rechtsfriede gewährt wird.

Agitation für Neutralisierung Elsaß-Lothringens.

Vom Lande kommen aus den verschiedensten Gegenden des Unterelsaß, so aus dem Hanauer Lande, dem Kochersberg und dem Gebiete zwischen Straßburg und Schleifstadt, Nachrichten, daß dort die Bauern, die kein Wort französisch verstehen, die Herzlichkeit beim Empfang der „Befreier“ sehr haben vermisse lassen. Es ist dort trotz der französischen Zensur und Bedrückung eine ziemlich offene Agitation für eine Neutralisierung Elsaß-Lothringens, unter Umständen für einen Anschluß an die Schweiz durch Volksabstimmung im Gange. Die Bauern erklären: Wir sind keine Franzosen und wollen keine Franzosen werden. Laß uns endlich einmal sein, was wir sind: Elsässer und sonst nichts. Als Gründe werden außer der Verschiedenheit der Sprache, Gesittung und vielfach dem Glaubensbekenntnis angeführt, daß der Uebergang zu Frankreich für Landwirtschaft, Industrie und Handel Elsaß-Lothringens eine Katastrophe bedeuten würde, während das Land unter dem Schutze der Neutralität alle Kräfte frei entfalten könne. Ferner fürchte man, daß Deutschland, wenn es einmal seine inneren Unruhen überwunden habe, nicht dauernd die Vergewaltigung durch ein kaum halb so großes Land hinnehmen werde, und daß Elsaß-Lothringen abermals zum Waffenplatz, Aufmarschgebiete und Schlachtfeld werden könne.

Man darf diese Stimmen und Stimmungen nicht übersehen. Die Franzosen haben die Macht und werden sie zu nützen wissen, sobald ihnen die Unabhängigkeitsbestrebungen in Elsaß-Lothringen unangenehm werden. Wir aber haben die Pflicht, mit höchster Aufmerksamkeit zu beobachten, was in dem uns verschlossenen Lande jetzt vor sich geht.

Rumänien vor der Revolution?

Berlin, 9. Dez. Von besonderer Seite erfährt die Züricher Morgenzeitung aus Budapest, die dortigen Blätter berichten, daß Rumänien unmittelbar vor der Revolution stehe. Das ganze rumänische Volk lehnt sich gegen die herrschende Klasse auf. Es wird aufgefodert, mit allen Mitteln den Klassenkampf aufzunehmen und eine Republik zu schaffen.

Papst und italienische Regierung.

Rom, 7. Dez. Die Römische Zeitung meldet aus Amsterdam: Nach einer Meldung der Central News soll der Papst beabsichtigen, auf der Friedenskonferenz eine Verständigung mit der italienischen Regierung zu suchen. Derartige Meldungen sind in früheren Jahren häufig gekommen. Wie früher soll es sich auch diesmal um die Abtretung eines Gebietsstreifens vom

Batikan bis zum Meere gegen Verzicht auf die seit 1871 zu zahlende Jahresrente handeln.

Streik in englischen Baumwollspinnereien.

Rotterdam, 6. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Morgen um 12 Uhr mittags werden die Baumwollspinner in Lancashire ihre Betriebe schließen, wodurch 100 000 Arbeiter arbeitslos werden. Die Gewerkschaften verlangen eine Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um 40 Proz., die Arbeitgeber bieten 25 Proz. Die heutige Konferenz zwischen den Arbeitern und den Delegierten der Arbeitgeber führte zu keinem Ergebnis. Die Arbeiter haben sich geweigert, ein Vermittlungsgebot anzunehmen und den Streik beschloffen.

Scheidemann über die Bestrafung Wilhelms II.

Amsterdam, 10. Dez. Nach einer Reuter-Meldung aus London, hatte der Berichterstatter des „Daily Express“ in Berlin am 6. Dezember eine Unterredung mit Scheidemann, worin dieser u. a. sagte, daß die deutschen Friedensdelegierten von der jetzigen Regierung ernannt werden würden, daß darüber aber noch keine Beratungen stattgefunden hätten. Auf die Frage, welche Bürgschaft den Alliierten für die Festigkeit der gegenwärtigen Regierung gegeben werde, antwortete Scheidemann: „Die Bürgschaft dafür wird die möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung sein. Auf die Frage nach der Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Kaiser und den Forderungen der Alliierten, daß er vor Gericht gestellt werde, antwortete Scheidemann, die Frage der Errichtung eines Staatsgerichtshofes, der über alle Personen, denen Schuld am Ausbruch des Krieges bemessen werde, aburteilen sollte, werde jetzt besprochen. Die Entscheidung müsse von der Nationalversammlung gefällt werden. Scheidemann sprach alsdann seine Ansicht aus, daß der Kaiser bereits genug bestraft sei, daß aber kein Anteil an der Ursache des Krieges deutlich festgestellt werden müsse.

Das Vorgehen gegen die niederheinischen Industriellen.

Berlin, 10. Dez. Die gestern in Wülheim a. d. R. verhafteten Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen jr., Edmund Stinnes u. a. sind nach Berlin gebracht worden und werden vorerst in Sicherungsverwahrung gehalten, bis die Voruntersuchung soweit gefördert ist, daß die ihnen vorgeworfene angeblich landesverräterische Tätigkeit überblickt werden kann. Das preussische Staatsministerium hat größte Beschleunigung angeordnet. Nach weiteren Meldungen hat bereits eine gerichtliche Untersuchung stattgefunden. Der Verdacht habe sich nicht bestätigt. Todesstrafe für Wucherer.

München, 7. Dez. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich:

Im Ministerium des Auswärtigen erschien eine Abordnung des Stadtmagistrats, welcher an die Regierung des Volksstaates Bayern das dringliche Ersuchen richtete, unverzüglich die energischsten Maßnahmen gegen alle Schmarotzer vom Schlage Isidor Bachs zu ergreifen. Sie stellt der Regierung anheim, ein Gesetz zu schaffen, das die Einführung der Todesstrafe gegen jeden Wucherer, die Auflösung aller nachweislich Wucherergeschäfte betreibenden Unternehmungen und die Einziehung der gesamten Wucherobjekte und des widerlich erworbenen Vermögens der Geschäftsinhaber zu wohltätigen Zwecken vorsieht. An Isidor Bach fordert die Abordnung im Namen der Bürgerschaft und des gesamten Volkes das erste Exempel kategorisch zu statuieren. Der Ministerpräsident sagte rascheste Maßnahmen seitens der Regierung zu.

Etwa 5 Millionen Mark unterschlagen.

Berlin, 7. Dez. Die „B. Z. A. M.“ berichtet von einer aufsehenerregenden Unterschlagung von beinahe 5 Millionen Mark in Kriegsanleihen. Der langjährige Angestellte des Bankhauses S. Gleichröder und Verwalter des Banktresors, Richard Gerike, ein Mann von ungefähr 60 Jahren, in guten Familienverhältnissen, glücklicher Familienvater, als nüchtern und zurückhaltend bekannt, steckte einem Leibeigenen Millionen zu, um ihm Spekulationen in Geld, die Unterhaltung eines Rennstalles, Gründung zweier Bildergalerien und anderen Aufwand zu ermöglichen, obgleich dieser Mann namens Stempel wegen geistiger Minderwertigkeit aus dem Heere entlassen worden war. Die Revision bei der Bank ergab, daß Gerike 4 700 000 Mark in Kriegsanleihen aus dem Tresor entwendete. Der Beweggrund für sein Handeln ist nicht aufgeklärt. Seine Vermögensverhältnisse haben sich nicht verändert. In den Gewinnen des jungen Stempel aus Spekulationen, Rennwetten und Rennpreisen war er nicht beteiligt. Auch Stempel gab keine Aufklärung.

Militärpersonen und Wahlen zur badischen Nationalversammlung.

Karlsruhe, 8. Dez. Die badische vorläufige Volksregierung hat bestimmt, daß alle Militärpersonen, die am 20. Dezember dem Heere angehören, in die militärischen Wählerlisten aufgenommen werden, einerlei, ob sie aus dem Beurlobenstande zum Militärdienst einberufen, ob sie Militärbeamte sind, oder zur Erfüllung der Wehrpflicht dienen. Auch solche Militärpersonen, die sich über den Stichtag auf Urlaub befinden, werden in die militärischen Listen aufgenommen. In die Wählerlisten der Gemeinden sind somit nur diejenigen Wahlberechtigten aufzunehmen, die bereits aus dem Heeresdienste entlassen sind oder bis zum Stichtage entlassen werden. Die erst nach dem 20. Dezember aus dem Heeresdienste Entlassenen sollen eine Bescheinigung des Truppenteils erhalten, daß sie in die militärischen Wählerlisten nicht aufgenommen oder darin gestrichen sind. Auf Grund dieser Bescheinigung kann dann die Aufnahme in die Liste des Heimatortes nach nachträglich erfolgen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 10. Dez. (Die Wahlen zur Badischen Nationalversammlung.) In der Karlsr. Ztg. wird halbamtlich darauf hingewiesen, daß die Befugnis zur Ausübung des Wahlrechtes zur Nationalversammlung bei denjenigen Personen ruht, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt wurden und bei unmündigen Personen. Dagegen sind die übrigen im § 35 der Verfassungsurkunde aufgeführten Gründe kein Hindernis für die Ausübung des Wahlrechtes. Es können daher auch diejenigen wählen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet ist, die Armenunterstützungen beziehen ufm. Die Bestimmungen, daß die Wahlberechtigten, die in der Wählerliste eingetragen sind, dies durch eine Postkarte bestätigt erhalten sollten, wurde jetzt in dem Sinne abgeändert, daß den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, anstelle einer Bescheinigung der Wahlberechtigten durch eine Postkarte die öffentliche Auslegung der Wählerliste treten zu lassen.

Heidelberg, 8. Dez. (Dank schreiben.) Die Universität hat an den bisherigen Großherzog von Baden ein Dankschreiben gerichtet, in dem verriet wird, daß der Name Friedrich II. in der Geschichte der Hochschule für alle Zeit einen stolzen Platz behaupten wird.

Mannheim, 9. Dez. (Ein rabiate Frauen- am m m er.) In Rheinau geriet ein Ehepaar in Streit. Die Frau hieb in seinem Verlaufe mit einem Seitengewehr auf den Ehemann ein, dieser erlitt dabei eine schwere Wunde im Rücken und auch die Lunge wurde verletzt. Die Frau wurde verhaftet.

bc. Mannheim, 5. Dez. (Plündernde Soldaten.) Am Dienstag verlor ein Trupp Soldaten das Bekleidungsdepot in der Luisenschule zu plündern. Es kam zu einer Schießerei, bei der ein Soldat verwundet wurde.

Karlsruhe, 4. Dez. (Tagung der Vertreter aller evangelischen landesamtlichen Verbände.)

Heute Nachmittag fand im Gemeindehaus der Südstadt dahier eine vom evang. Presbyterium für Baden berufene Versammlung der Vertreter aller Verbände der evang. Landeskirche statt. Herr Landgerichtsrat Winkler leitete die Verhandlungen. Zuerst gab Herr Stadtpfarrer Hindenlang, der Geschäftsführer des Presbyteriums, einen Ueberblick über das, was von den verschiebener Seiten her geschehen ist, seitdem durch die staatliche Umwälzung die Frage der sog. Trennung von Staat und Kirche in den Vordergrund geschoben wurde. Die Versammelten sprachen sich in lebhafter und anregender Weise über das aus, was seitens der kirchlichen Verbände einzeln und gemeinsam zur Wahrung der kirchlichen Interessen geschehen soll. In Einhelligkeit stellten sich alle Anwesenden auf den Boden der Resolution der Generalsynode. Die Arbeitsgemeinschaft, die bei dieser Tagung zum erstenmal geschaffen wurde, verbißt ein geschlossenes Handeln, das sicherlich segensreiche Früchte für Kirche und Volk zeitigt.

bc. Karlsruhe, 4. Dez. (Landesbauordnung.) Durch eine Verordnung des Ministeriums für Uebergangswirtschaft ist die Landesbauordnung vom 13. Januar 1913 im Interesse des Kleinwohnungsbaues abgeändert worden. Durch eine Verordnung der vorläufigen Volksregierung wurde bestimmt, daß die Regelung des Verkehrs mit gebrauchten Möbeln, Betten und anderer Wohnungseinrichtungsgegenständen durch die Kommunalverbände erfolgt. Die Verfertigerungen von gebrauchten derartigen Gegenständen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bezirksamts.

Karlsruhe, 8. Dez. (Streunungen in den Waldungen.) Die Forstämter sind von der Forst- und Domänenverwaltung erneut angewiesen worden, zur Behebung des Futter- und Streumangels an die Landwirte in weitgehendem Maße Streulaub abzugeben. Zur Festlegung des Bedarfs und Aufrechterhaltung der Ordnung werden die erforderlichen Streulagen in Staats-, Gemeinde- und Körperchaftswaldungen regelmäßig von den Forstämtern überwiesen, an welche die Gesuche unter Angabe der benötigten Mengen unmittelbar zu richten sind. Den Besitzern der Privatwaldungen, insbesondere der größeren Landes- und grundherrlichen Waldungen, wurde empfohlen, in der Streulaubabgabe den Landwirten gegenüber das gleiche Entgegenkommen zu betätigen.

Stuttgart, 7. Dez. (Ein Knabe verbrannt.) Am Samstag nachmittag verursachten drei Knaben aus Cannstatt bei dem Fuhrpark des militärischen Kraftwagendepots in der Nähe der Daimlerwerke einen Brand, dem 8 Kraftwagen zum Opfer fielen. Dabei ist auch ein 13jähriger Knabe vollständig verbrannt, ein anderer wurde schwer verletzt.

Merseburg, 8. Dez. (Zwei Stunden vor dem Waffensstillstand.) Erschütternd wirkt die Todesanzeige, worin die Witwe des Kunstmalers Rudolf Bauer aus Bad Köfen in Thüringen, mitteilt, daß ihr Gatte im Alter von 35 Jahren als Landsturmmann am Martinstage vormittags 9 1/2 Uhr zwei Stunden vor Beginn des Waffenstillstandes, den Heldentod gestorben ist. — Zwei Stunden vor Abschluß des blutigen Ringens, wo die Hoffnung, heimkehren zu können, fast zur Gewissheit geworden war. Es hat nicht sollen sein.

Einer, der sich zu helfen weiß. Folgender Vorfall wird aus der Umgebung von Ulm a. D. berichtet: Ein Stallbesitzer hatte vier jugendliche Kriegerheiden mit Pferden im Quartier. Die neue Freiheit sahen diese vier Burken dahin auf, daß sie im Stall tun und lassen könnten, was ihnen beliebt und noch den Anordnungen ihres Unteroffiziers nichts zu fragen hätten. Anderer Meinung war der Stallbesitzer. Er erwiderte, mit einem kräftigen Stoa bewaffnet, bei den Vierern und hielt ihnen eine Ansprache folgenden Inhalts: Eine solche Sauererei habe er seinem Stall noch nie gesehen und solche Dreckerlei von Soldaten setzen ihm noch nie vorgekommen. Wenn der Unteroffizier dagegen nichts machen könne, das begreife er; aber er selber sei noch Herr in seinem Stall und wisse sich Geltung zu schaffen. Wenn nicht augenblicklich der Stall in den Zustand peinlichster Sauberkeit versetzt werde, habe er die Kerle, daß sie liegen bleiben. In einer halben Stunde gleich der Stall einem festlich gegesteten Tanzboden.

Wegen Raummangel mußte der Roman heute zurückgestellt werden.

Verloren

wurde am Dienstag den 10. ds. Mts. vormittags auf dem Wege von der Apotheke nach dem „Ochsen“ ein gelbes Ledergeldbeutelchen mit Inhalt. Abzugeben gegen Belohnung im „Ochsen“

Mädchen

für sofort gesucht für Küche und Hausarbeit bei Frau Rechtsanwält Händel Karlsruhe, Graf Rheinstr. 14, III Lohn M. 30, gute Zeugnisse erf.

Mädchen

vom Lande, welches schon gedient hat, in der Küche erfahren ist, auf 1. Januar gesucht.

Lind, Heidelberg Hauptstraße 120.

Tücht. Mädchen

das gut bürgerlich kochen kann, für sofort oder später gesucht. Bild mit Zeugnisabschr. an Frau Karl Trautwein, Bruchsal, Wilderichstr. 22.

Bruchleidende

bedürfen kein sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. Mein Spez. Vertreter ist am Samstag den 14. Mittags von 11/2 bis 5/2 in Sinsheim Hotel Pfälzer Hof und Sonntag des 15. Dezember Mittags von 11 bis 2 in Eppingen Gasthof zur Eisenbahn mit Muster vorerwähnter Bänder sowie mit ff. Gummi- und Federbänder, neuesten Systems, in allen Preislagen anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib- und Muttervorfall-Banden wie auch Geradhalter und Krampfadernstrümpfe stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer versichere auch gleichzeitig streng distrete Bedienung.

H. Steuer Sohn, Bandagist und Orthopädist, Konstantz in Baden, Wessenbergstr. 15., Telephon 515.

Taschenlampen
Taschenfeuerzeuge
Ersatz-Batterien
stets frische Ware.
E. Schick, Sinsheim.



Verkaufe wegen Aufgabe des Geschäfts eine großrächtige **Nutz- und Schaffkuch** sowie zwei Einstellrinder. **Joh. Reidig Ww., Kirchgard.**

Pferde, Kühe, Ziegen
Schweine, landw. Erzeugnisse und Gebrauchsgegenstände werden durch eine kleine Anzeige im Landboten (Sinsheimer Zeitung) rasch und billig verkauft oder gekauft.

Bruchleidende
bedürfen kein sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares **Universal-Bruchband** tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. Mein Spez. Vertreter ist am Samstag den 14. Mittags von 11/2 bis 5/2 in Sinsheim Hotel Pfälzer Hof und Sonntag des 15. Dezember Mittags von 11 bis 2 in Eppingen Gasthof zur Eisenbahn mit Muster vorerwähnter Bänder sowie mit ff. Gummi- und Federbänder, neuesten Systems, in allen Preislagen anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib- und Muttervorfall-Banden wie auch Geradhalter und Krampfadernstrümpfe stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer versichere auch gleichzeitig streng distrete Bedienung. **H. Steuer Sohn, Bandagist und Orthopädist, Konstantz in Baden, Wessenbergstr. 15., Telephon 515.**

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
Nachdem im Gehöfte des Anton Bauer und Hch. Bletscher in Dühren, der Gutsverwaltung Michelsfeld, des Hch. Huber Gerb. S. in Hilsbach und des Hch. Burkhardt in Waldangeloch die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk.

Die verseuchten Gehöfte bilden einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsvoorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz.

B. Beobachtungsgebiet.

Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvoorschriften zum Reichsviehseuchengesetz bestehend aus den Gemeinden Dühren, Hilsbach, Michelsfeld und Waldangeloch gebildet.

I. Gemeinsame Maßregeln für den Sperrbezirk und das Beobachtungsgebiet.

In der Gemeinde Dühren, Hilsbach, Michelsfeld und Waldangeloch ist verboten:

1. Die Abhaltung von Klauenviehmärkten, mit Ausnahme der Schlachtviehmärkte in Schlachtviehhöfen, sowie der Auftrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf marktähnliche Veranstaltungen.
2. Der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Auffuchen von Tieren durch Händler.
3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh. Das Verbot findet keine Anwendung auf Viehversteigerungen auf dem eigenen nicht gesperrten Gehöfte des Besitzers, wenn nur Tiere zum Verkaufe kommen, die sich mindestens drei Monate im Besitze des Versteigerers befinden.
4. Die Abhaltung von öffentlichen Tierschauen mit Klauenvieh.
5. Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind (vgl. § 11 Abs. 1, Nr. 9, 10 der Anweisung für das Desinfektionsverfahren).

II. Maßregeln für das Beobachtungsgebiet.

1. Aus dem Beobachtungsgebiet darf Klauenvieh ohne polizeiliche Genehmigung nicht entfernt werden. Auch ist das Durchtreiben von Klauen- und das Durchfahren mit fremden Wiederfängergerätschaften durch das Beobachtungsgebiet verboten.
2. Die Ausfuhr von Klauenvieh zum Zwecke der Schlachtung kann durch das Bürgermeisteramt gestattet werden. Die Ausfuhr von Klauenvieh zu Nutz- oder Zuchtzwecken kann durch das Bezirksamt gestattet werden. Wegen der Bedingungen siehe § 166 Abs. 2 und 3 der Ausf.-Vorschr. z. R.-Vieh-Gesetz und § 49 der Vollz.-Verordnung hierzu.
3. Im ganzen Bereiche des Beobachtungsgebietes ist der gemeinschaftliche Beldegang von Klauenvieh aus den Beständen verschiedener Besitzer und die gemeinschaftliche Benutzung von Brunnen, Tränken und Schwemmen für Klauenvieh verboten.
4. Hunde sind im Beobachtungsgebiet festzulegen.

III. Maßregeln für den Sperrbezirk:

1. Für den ganzen Bereich des Sperrbezirks gelten folgende Beschränkungen:
 - a) Sämtliche Hunde sind festzulegen. Der Festlegung ist das Führen an der Leine und bei Ziehunden die feste Anschirrung gleich zu erachten. Die Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden und von Jagdhunden bei der Jagd ohne Leine kann auf Ansuchen vom Bezirksamt gestattet werden.
 - b) Schlächtern, Viehkaufleuten sowie Händlern und anderen Personen, die gewerbsmäßig in Ställen verkehren, ferner Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen ausüben, ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Stanzorte von Klauenvieh im Sperrbezirk, desgleichen der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten. In besonders dringlichen Fällen kann das Bezirksamt Ausnahmen zulassen.
 - c) Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit bezirksamtlicher Erlaubnis unter den vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln ausgeführt werden.
 - d) Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk sowie das Durchtreiben von solchem Vieh durch den Bezirk ist verboten. Dem Durchtreiben von Klauenvieh ist das Durchfahren mit Wiederfängergerätschaften gleichzustellen. Die Einfuhr von Klauenvieh zur sofortigen Schlach-

tung, im Falle eines besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisses auch zu Nutz- oder Zuchtzwecken, kann bezirksamtlich gestattet werden.

- e) Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Eisenbahn- bzw. Schiffstationen im Sperrbezirk ist verboten.
2. Die verseuchten Gehöfte in Dühren, Hilsbach, Michelsfeld und Waldangeloch werden gegen den Verkehr mit Tieren und mit solchen Gegenständen, die Träger des Ansteckungsstoffs sein können, abgesperrt.
3. Für alle Gehöfte ist das Weggeben von Milch ohne vorherige Abkochung oder andere ausreichende Erhitzung verboten.
4. Das Abhalten von Veranstaltungen in dem Seuchengehöfte, die eine Ansammlung einer größeren Zahl von Personen in Besolge haben, ist vor erfolgter Schutzdesinfektion verboten.
5. Auf den an dem Seuchengehöfte vorbeiführenden Straßen ist der Transport und die Venüzung von Tieren jeder Art verboten.

Sinsheim, den 9. Dezember 1918.
Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Bienenhonig betr.

In den nächsten Tagen kommt in hiesiger Gemeinde durch Kaufmann Eichl reiner Bienenhonig zur Verteilung. Der Honig wird an alle Ortsbewohner auf Abchnitt 2 der grünen Lebensmittelliste und zwar pro Kopf 200 gr. abgegeben. Bei Abholung sind die Gefäße mitzubringen. Der Kleinverkaufshöchstpreis beträgt per Pfund M. 4.—

Sinsheim, den 6. Dezember 1918.

Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Zeitliche Begrenzung der Hauschlachtungen betr.

Vom Staatssekretär des Reichsernährungsamts wurde angeordnet, daß sämtliche Hauschlachtungen von Schweinen bis spätestens 31. Dezember 1918 durchgeführt sein müssen. Behufs Aufrechterhaltung der Volksernährung muß die unerlaubte Verfütterung von Getreide und Speisefarstoffen tunlichst verhindert werden. Ausnahmen können in Einzelfällen vom Kommunalverband nur dann zugelassen werden, wenn sie durch besondere Umstände als geboten erscheinen und die Möglichkeit der Weiterfütterung der Schweine mit erlaubten Futtermitteln einwandfrei nachgewiesen ist. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen der Schweinehalter ohne besondere Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine werden — abgesehen von Zuchtschweinen —, die unter allen Umständen erhalten werden müssen, und noch nicht abgerufenen Vertragschweinen —, vom Kommunalverband herangezogen.

Sinsheim, den 7. Dezember 1918.

Kommunalverband.

Bezirksarbeitsnachweis Sinsheim.

Stellen finden:

Als Arbeiter in der Flechwarenfabrik:
Verzinner, Verzinker, Lackierer, Metallbrücker, Metalldreher, Schmiede, Werkzeugschlosser, Klempner, Schweißer.
30-40 gelernte Schuhmacher, 5 Pferdebesitzer. Für Sohl- edergerberei: 2 gelernte Gerber, 2 Tagelöhner.

Zahlungsaufforderung.

Wer noch Gemeindeumlagen, Ob- und Nachgelber zu zahlen hat wird hiermit dringend ersucht, innerhalb 8 Tagen Zahlung zu leisten; nach diesem Termin wird das Mahnverfahren eingeleitet, wofür die gesetzliche Gebühr zu bezahlen ist.
Sinsheim, den 10. Dezember 1918.

Stadtkasse.

Fahrnis-Versteigerung.

Freitag, 13. Dezember, nachmittags 2 Uhr werden im Restaurant Schumb 3 vollständige Betten, 2 Kommode, 1 Schrank, 1 Nachttisch und 1 Waschtisch, 2 Tische, oval und vier- eckig, gegen Barzahlung versteigert.

Karl Schumb.

Gesucht

werden auf 1. Januar 1919 zwei tüchtige Viehfütterer.
Gutsverwaltung Treßlingen
Station Dabstadt.

Kanin-Kasen-Fuchs-Iltis-Felle

kauft z. h. Tagespreisen
A. Stierle, Sinsheim a. E.

Nutz- u. Schaffkuh

(Sattelluh) prämiert, mit Kalb zu verkaufen bei

Wilh. Geiß, Reichen.

Belz verloren

auf dem Wege durch die Ziegel- gasse bis zum Löwen. Abzuge- ben gegen gute Belohnung bei

Villa Dief.

Tüchtiges Mädchen

für sofort gesucht.
Heidelberg, Mohrbacherstr. 17.

Statt besonderer Anzeige.

Todesanzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Gattin

Karoline Krüger

geb. Stefan

im Alter von 74 Jahren nach langer Krankheit am Montag abend 8 Uhr sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Karl Krüger.

Sinsheim, den 10. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr statt.

Statt besonderer Anzeige.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser guter Vater und Großvater

Heinrich Vogel

nach kurzer Krankheit sanft entschlafen ist.

Sinsheim, den 11. Dezember 1918.

In tiefer Trauer:

Magdalena Vogel, geb. Mildenerger
nebst Kinder und Enkel.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 1/2 3 Uhr statt.

Nach über 3jähriger Abwesenheit habe ich meine

Rechtsanwaltspraxis

wieder aufgenommen. Geschäftszimmer, wie seither, im Gasthaus zum Bären (Leinberger).

Sinsheim, Dezember 1918.

Fritscher.

Anbiete freibleibend:

1918er Markgräfler Weißweine

naturell, vollmundig, mit wenig Säure zu Mark 2.70 und M. 3.10 das Lt. in meinen Fässern frei Empfangstation.

Wilhelm Zähringer, Weingutsbesitzer, Heitersheim (Baden)

Aus dem Kriegsdienst entlassen habe ich meine ärztliche Tätigkeit wieder aufgenommen.

Dr. med. Fischer

prakt. Arzt.

Fernsprecher Nr. 83.

Damit bei der Lieferung von Arzneien keine Störung eintritt, ist es unbedingt notwendig zur Anfertigung von Arzneien ein geeignetes Glas mit zu bringen, denn in absehbarer Zeit werden neue Gläser nicht zu beschaffen sein.

Apotheke Sinsheim

Dr. Karl Kieffer.

Fernsprecher Nummer 150.

Christlich-soziale Volkspartei (Zentrum)

Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr
in Sinsheim im Löwenstaae

große öffentliche Versammlung

für alle Parteimitglieder und Parteifreunde
Männer und Frauen!

Herr Landtagsabgeordneter Dr. Schofer wird sprechen über:

„Die Stellungnahme der christlich-sozialen Volkspartei zur Lage.“

Der Bezirksauschuß.